

Stellenabbau bei Coca-Cola

## **„Eine böse Überraschung für die Betroffenen und die Region“**

Hamburg, 4. Oktober 2017

Wie die Geschäftsführung heute mitteilte, plant Coca-Cola in Deutschland einen weiteren deutlichen Stellenabbau. Betroffen sind mehr als 300 Beschäftigte aus Produktion und Verwaltung an verschiedenen Standorten. Der Standort Weimar mit rund 230 Beschäftigten soll 2018 komplett geschlossen werden. Die Maßnahme ist Teil eines andauernden Unternehmensumbaus in Folge dessen die Zahl der Beschäftigten von rund 12.000 im Jahr 2006 auf heute etwa 8.000 reduziert wurde.

Zu den neuen Schließungsplänen bei Deutschlands größtem Getränkehersteller erklärte Claus-Harald Güster, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG): *„Die Komplett-Schließung des Standortes Weimar ist eine böse Überraschung für die Betroffenen und die ganze Region. Coca-Cola will zur Gewinnoptimierung erneut gut bezahlte Industriearbeitsplätze wegrationalisieren. Durch die geplante Auslagerung der Logistik verliert das Unternehmen einmal mehr eine Menge Know-How und gerät in weitere Abhängigkeiten von externen Dienstleistern.“*

Die neuerlichen Umstrukturierungen sieht Claus-Harald Güster als Folge der vor Jahren getroffenen Management-Entscheidung, *„einseitig auf Einweg- statt auf umweltschonende Mehrwegverpackungen zu setzen.“* Bis heute habe die Politik keine wirkungsvollen Schritte zur Stabilisierung der Mehrwegquote getroffen. Und das, obwohl *„längst bekannt ist, dass die Umstellung von Mehrweg- auf Einweggebilde Jobs in der Getränkeindustrie unwiederbringlich vernichtet.“*

Güster kündigte an, dass die Gewerkschaft NGG nun gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat von Coca-Cola in Deutschland Vorschläge zur Beschäftigungssicherung erarbeiten wird.

### Hintergrund:

Gemäß des „Unternehmenstarifvertrags Struktur“ vom 27. März 2015 ist die Coca-Cola European Partners (CCEP) zur Information über beabsichtigte „Infrastrukturmaßnahmen“ verpflichtet. Mit der Information beginnt per Tarifvertrag ein Beratungsprozess, an dem die Gewerkschaft NGG und der Gesamtbetriebsrat beteiligt sind und Vorschläge zur Beschäftigungssicherung einbringen können.